

Wegen SVP-Wahlwerbung kassiert Dotzigen eine Beschwerde

Das Regierungsstatthalteramt Seeland pfeift die Gemeinde Dotzigen zurück – und hebt das Wahlresultat vom 12. November 2023 teilweise auf. Grund dafür ist ein Beitrag in den Dorfnachrichten.

Carmen Stalder

Die Stimmbevölkerung von Dotzigen wird im nächsten Jahr womöglich erneut an die Urne gebeten. Und das, obwohl die letzten Wahlen erst im November stattgefunden haben. Grund dafür ist, dass das Regierungsstatthalteramt Seeland die Wahl der Baukommission aufgehoben hat. Der Entscheid sei diese Woche gefallen, bestätigt Regierungsstatthalterin Franziska Steck (SVP).

Rückblende: Am 12. November hat die Stimmbevölkerung von Dotzigen die Mitglieder des Gemeinderats sowie der Schul- und der Baukommission neu gewählt. Dabei ist es zu einigen Verschiebungen gekommen.

Statt wie bisher drei Parteien sind im siebenköpfigen Gemeinderat ab Januar nur noch die SVP und die Ortsvereinigung Forum vertreten. Die FDP hat ihren Sitz an die SVP verloren. In der Baukommission sind neu drei von vier Sitzen von der SVP besetzt und in der Schulkommission zwei von vier.

Vorwurf der einseitigen Information

Nach den Wahlen hat eine Privatperson eine Beschwerde beim Regierungsstatthalteramt Seeland eingereicht. Ihr Vorwurf lautet, dass die Wählerschaft zugunsten der SVP beeinflusst worden sei. Und zwar durch ein eigentlich harmloses Mitteilungsblatt: die «Dotziger Nachrichten».

Die Dorfzeitung wird von der Gemeinde herausgegeben und landet viermal im Jahr in den Briefkästen der Bevölkerung. Die letzte Ausgabe des Jahres erschien drei Tage vor den Wahlen. Knapp die Hälfte der 32 Seiten nutzte die lokale SVP, um in ausführlichen Porträts ihre Kandidatinnen und Kandidaten vorzustellen. Die anderen Parteien waren in den «Dotziger Nachrichten» nicht vertreten. Genau das scheint jemandem ziemlich sauer aufgestossen zu sein – sodass die Person eine Beschwerde einreichte.

«Der Gemeinde wird vorgeworfen, die Bevölkerung einseitig informiert zu haben», sagt Gemeindepräsident Andreas Krähenbühl (SVP). Davon distanzieren er sich. Denn: Jeder Verein, jede Partei wie auch die Gemeinde und Privatpersonen hätten gleichermassen die Gelegenheit, über dieses Mitteilungsblatt Informationen an die Bevölkerung herauszugeben. Die anderen Parteien hätten ihre Kandidatinnen und Kandidaten also ebenso in den Dorfnachrichten vorstellen können, sie haben von dieser Möglichkeit aber keinen Gebrauch gemacht.

Die Gemeinde stellt sich auf den Standpunkt, dass sie nicht für den Inhalt der Dorfnachrichten verantwortlich sei. Laut Krähenbühl werden Beiträge nur dann nicht veröffentlicht, wenn sie unethisch, rassistisch oder diskriminierend sind. Bezahlen müsse man für die Publikation nicht, sagt der Gemeindepräsident.

Krähenbühl bezeichnet es als politisch und rechtlich legitim, eine Beschwerde einzureichen. Trotzdem: «Ich verstehe nicht, dass man jetzt eine Differenzierung zwischen den Parteien macht.» Wahlen seien ein Wettkampf, und da könne jede Partei die vorhandenen Mittel nutzen.

«Gemeinden müssen strikt neutral sein»

Das Regierungsstatthalteramt hat nun aber anders entschieden. Man erachte eine Beeinflussung der Wählerschaft als möglich, sagt Regierungsstatthalterin Franziska Steck, und zwar durch die Gemeinde als Herausgeberin der «Dotziger Nachrichten».

Sie bezeichnet es als mildernden Umstand, dass jegliche Interessierte in der Dorfzeitung ihre Beiträge publizieren dürfen. «Doch Gemeinden müssen neutral sein, da wird sehr streng darauf geschaut.» Es gebe vergleichbare Bundesgerichtsurteile, welche sie vor dem Entscheid konsultiert habe.

Das Regierungsstatthalteramt hat allerdings lediglich die Wahl der Baukommission aufgehoben. Dies, weil die Resultate dort besonders knapp ausgefallen sind. Beim Gemeinderat und der Schulkommission dagegen sei das Ergebnis deutlich gewesen.

Die Gemeinde oder die beschwerdeführende Person kann während der laufenden Frist eine Einsprache gegen den Entscheid des Regierungsstatthalteramtes einreichen. Andernfalls findet die Wahl der Baukommissionsmitglieder 2024 erneut statt. Franziska Steck führt das Regierungsstatthalteramt Seeland seit 2016. «Einen vergleichbaren Fall hatte ich jedoch noch nie.»

Ob die Präsenz der SVP in den Dorfnachrichten tatsächlich einen Beitrag zu deren guten Abschneiden an den Wahlen geleistet hat, kann heute niemand mehr sagen. Doch vielleicht zeigt ein zweiter Wahlgang, dass die Wahlen ohne SVP-Werbung in den «Dotziger Nachrichten» doch etwas anders ausgehen.